

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarort-Verkehr M. 2.70, außerorts M. 2.80 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungsweise täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Gegründet 1877.



Amtsblatt für Allgemeines Anzeiger

Altensteig, Stadt. und Unterhaltungsblatt

Von der

oberen Nagold.

Die Spaltzahl Seite ober dem Raum 15 Pfennig. Die Restspalte ober dem Raum 25 Pfennig. 2 Bei Wiederholungen unveränderlichen Anzeigen entfallen der Rabatt. Bei gerichtlichem Eintreibung und Konturten ist der Rabatt unzulässig.

Verantwortlicher

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

№. 111

Druck und Verlag in Altensteig.

Donnerstag, den 15. Mai.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1919.

Drei Notizen Brockdorffs an Clemenceau.

Verailles, 14. Mai. Der Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung in Versailles, Graf Brockdorff-Rausa, hat gestern an den Vorsitzenden der Friedenskonferenz, Clemenceau, drei Notizen folgenden Inhalts gerichtet.

Protest gegen die wirtschaftliche Abwürgung.

Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 9. Mai d. J. überreichte ich die nachfolgende Klärung der wirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkungen der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten.

Deutschland war im Lauf der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland 40 Millionen Menschen ernähren. Als Industriestaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen Menschen sicherzustellen. Die Einfuhr an Lebensmitteln betrug im Jahre 1913 rund 12 Millionen Tonnen. Vor dem Krieg lebten in Deutschland vom Auslandshandel und der Schiffahrt entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung von Rohstoffen rund 15 Millionen Menschen.

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrags soll Deutschland seine für den Ueberseehandel taugliche Handelsflotte und Schiffsbauten ausliefern. Auch sollen die Werften in den nächsten 5 Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein. Die Gesamtheit seines Besitzums, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominions und Protektoraten soll — zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche — der Auflösung unterliegen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags würden im Osten die wichtigsten Erzeugungsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren gehen. Das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Prozent der Gesamternte in diesen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Erzeugung in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal wäre die Einfuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Dünge- und Metallindustrie, wie Phosphat, erschwert, sodann würde jede andere Industrie und der Kohlenhandel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast ein Drittel unserer Kohlenproduktion verlieren. Außerdem werden uns für die ersten zehn Jahre ungeheure Lieferungen an Kohlen an bestimmte alliierte Länder auferlegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrag fast drei Viertel seiner Eisenerzeugung und mehr als drei Fünftel seiner Erzeugung an Zink zu Gunsten seiner Nachbarn abtreten. Nach dieser Einbuße ist Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Ausland zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gewaltigen Umfang erschlaffen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmittelfuhr erheblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen, außerordentlich sinken müßte. Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten aus Deutschland auswandern. Das ist aber technisch unmöglich, zumal sich viele der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden Hunderttausende ausgewiesener Deutscher aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten, sowie aus den abzutretenden deutschen Gebieten und Kolonien nach dem übrig bleibenden deutschen Gebiet einströmen. Werden die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß viele Millionen Menschen in Deutschland zu Grunde gehen müssen. Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Kriegs und deren Verschärfung während des Waffenstillstands die Volksgesundheit gebrochen ist.

Kein Hilfswort könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Frieden würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, die der 4 1/2-jährige Krieg verschlang (1 1/2 Millionen im Felde Gefallener, fast 1 Million Opfer der Blockade).

Wir wissen nicht und möchten es bezweifeln, ob die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Folgen im Klaren sind, die unvermeidlich eintreten würden, wenn Deutschland plötzlich auf eine Entwicklungsstufe zurückgefallen wird, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsziffer von vor einem halben Jahrhundert entspricht.

Der diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht dabei das Todesurteil über Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus. Die statistischen Nachweise stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Forderung der gemeinsamen Prüfung der Schuldfrage.

In dem den deutschen Bevollmächtigten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags wird der erste Teil betreffend die Wiedergutmachung mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet: „Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären: Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten ausgezungenen Krieg erlitten haben.“

Deutschland hat die Verpflichtung zur Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. Nov. 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Krieg. Die deutsche Abordnung vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entschädigung des Weltkriegs ein Recht oder Anspruch der alliierten und assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden kann. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Folgen seiner Regierung verantwortlich gemacht werden soll.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volks ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen.

Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Kriegs zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächlichste Schuld an diesem Krieg zuzusprechen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrags findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet. Keinerlei Beweis wird für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichts der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Kriegs.

Widerspruch gegen die Abtrennung rein deutscher Gebiete.

Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben vom 10. ds. Mts. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrags ständig von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation muß sich das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch tritt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfs, die sich auf die Abtretung verschiedener von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reichs beziehen. Abgesehen von der Rückgabe Elsass-Lothringens an Frankreich und der Besetzung Aethiens wird Deutschland die zeitweilige oder dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebiete unter fremde Herrschaft angeschlossen: des Saargebietes, der Kreise Eupen und Malmédy, sowie Preussisch Moedens, Oberschlesiens, deutscher Teile Mittelschlesiens, Pommerns, Westpreussens und Ostpreussens, auch die Abtretung der Gebiete darüber hinaus.

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über Gebietsänderungen der Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung geltend gemacht werden kann. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuerkennen, wenngleich die deutsche Delegation nicht einseht, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen in

zwischen Deutschland und Dänemark zu regelnden Grenzfragen zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit ihr über eine solche dem Grundsatz der Rationalität entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umweg über die Friedensverhandlungen zu betreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerspruch zu erheben.

Die Bereitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reichs, die nicht unzweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind. Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zum Zweck, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbezirk. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestreikt niemand.

Daß die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Losreißung von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt, wird den Befehlungsbehörden nicht unbekannt sein.

Vergebens würde man einwenden, daß die Besetzung ja nur für 15 Jahre gedacht sei und daß dann eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll, denn der Rückfall des Gebiets an Deutschland ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Frist die sämtlichen Kohlenbergwerke des Gebiets der französischen Regierung gegen Gold abzukufen. Falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, soll das Land endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland ausgesprochen hätte. Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrags erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold verfügen können. Ueberdies würde voraussichtlich auch wenn das Gold in deutschem Besitz vorhanden wäre, die Entschädigungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. Es dürfte in der Geschichte der neueren Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen.

Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für die Zerstörung französischer Bergwerke entschädigt werden muß. Sie ist bereit, in Verhandlungen darüber einzutreten, wie der Ausfall in der Kohlenförderung ehemals von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung der zerstörten Gruben ersetzt werden kann. An Stelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohlen würden deutsche Saar- und Ruhrkohlen zu liefern sein, weil die geschädigten Bezirke auf die Erzeugnisse des Ruhrgebietes mehr als auf die des Saargebietes angewiesen sind.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die Schäden Belgiens in vollem Umfang gutzumachen. Es ist daher kein Grund dafür zu erkennen, weshalb es gezwungen sein soll, Preussisch Moeresnet, sowie die Kreise Eupen und Malmédy abzutreten. Es ist keinerlei Beweis dafür zu erbringen, daß diese Kreise von einer unzweifelhaft nicht deutschen Bevölkerung bewohnt werden. Die Volksabstimmung hat daher nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen keine innere Berechtigung. Nach dem Friedensentwurf soll sie aber nicht einmal ausfallgebend sein. Vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland in keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach freiem Ermessen über die Zukunft des Gebiets bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgeben hätte, bei Deutschland zu verbleiben. Diese Anordnung ist in sich unberechtigt und widerspricht den Grundsätzen, daß keinen nationalen Bestrebungen Befriedigung gewährt werden sollte, wenn dadurch neue Elemente von Zwist und Widerstreit geschaffen würden.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über Gebietsänderungen im Osten des Reiches in einer besonderen Note zurückzukommen.



Neues vom Tage.

Eberls Ermahnung.

Berlin, 14. Mai. Reichspräsident Eberl sagte einem Schriftleiter des „Vorwärts“: Unsere Aufgabe ist es jetzt, zu den Staatsmännern als Menschen zu Menschen zu reden und ihnen den zwingenden Nachweis zu liefern, daß ihre Forderungen mit dem Gewissen und der Vernunft unvereinbar sind. Wir werden uns bis aufs Äußerste zur Wehr setzen gegen einen Zustand, der nur die trügerische Vorspiegelung eines Friedens ist. Die Durchführung der Friedensbedingungen würde Deutschland in kurzer Zeit zu einem dünn bevölkerten Agrarland machen. Die Zustimmung zu diesem Vertrag könnte nichts anderes sein als eine aus der Verzweiflung geborene Lüge. Wir müssen die Geschlossenheit unseres Volkes erhalten oder wiederherstellen und den Vorgesetzten, die man gegen ihren Willen von uns trennen will, unverbrüchliche Treue halten.

Rundgebungen gegen den Friedensvertrag.

Berlin, 14. Mai. Die gestrige Sitzung der preussischen Landesversammlung nahm scharf gegen die Friedensbedingungen Stellung. Abg. Graf-Franckfurt (Soz.) erklärte, ein solcher Friede würde den Bolschewismus im Gefolge haben. Abg. Bergt (D. N.) führte aus, der Entwurf sei von Grund aus unannehmbar. Die Gefahren bei Ablehnung seien vorübergehend, während die Annahme dauernde Vernichtung und Elend bringe. Abg. Herzog (Ztr.) betonte, der Friedensvertrag bedeute geradezu die Hinrichtung. Dr. Friedberg (Dem.) sagte: Das internationale Gewissen wird wieder erwachen. Mögen wir bei Ablehnung in einigen Monaten Hungers sterben, — jedenfalls lieber tot, als solche Sklaverei. Abg. Dr. v. Krause (D. S.) erklärte, jeder mühte sich schämen, der in die Instaurierung des Kaisers einwilligte. Abg. Hoffmann (Unabh.) bezeichnete die Bedingungen als Halsabschneidervertrag. Er rief: Es lebe die Weltrevolution! (Widerbruch.)

In Berlin veranstaltete die sozialdemokratische Partei gestern nachmittags Rundgebungen, an denen Hunderttausende sich beteiligten. Sie verliefen ohne Störung und ohne jeden Zwischenfall.

Der Bürgerrat und der Hansabund veranstalteten gestern im Reichs-Busch eine Massenversammlung gegen den Gewaltfrieden. Darauf bewegte sich ein riesiger Zug zum Reichslanzlerpalais, wo Scheidemann eine Ansprache hielt. Er warnte vor Unbesonnenheiten, die die Verständigung nur erschweren könnten. — Die Unabhängige Sozialdemokratie hielt in 39 Sälen Versammlungen ab mit der Tagesordnung: „Warum wir den Frieden unterzeichnen müssen“. Abg. Haase führte u. a. aus, das gesamte Proletariat werde es sein, das den Vorkriegsstand umstoßen werde. In einer Entschliessung wird ausgesprochen: Der Machtlosen letzte Hoffnung ist der Schrei nach Gerechtigkeit. Der Protekt Frankreichs hat die Welt zum Jahrszehnte beherrscht; unser Protekt wird das Schicksal der Völker für die kommenden Jahrhunderte bestimmen.

Berlin, 14. Mai. Aus dem ganzen Reich laufen fortwährend Rundgebungen gegen den Gewaltfrieden ein. Die Erregung hat ein hohes Maß erreicht; in der schärfsten Beurteilung sind alle Parteien einig. Der Bischof von Baderhorn sandte an den Papst eine Rundschreiben, die Bitte, den Papst um Vermittlung bei den Ententemächten behufs Wäherung der unersättlichen Friedensbedingungen anzugehen.

Der „Berl. Lokalanzeiger“ berichtet aus Versailles, daß die geschlossenen Rundgebungen aller Parteien in ganz Deutschland auf die französische Presse einen starken Eindruck gemacht haben.

Essetracht.

Nur ein Volk, das den Glauben an sich verliert, kann untergehen. Dr. jur. Erich Alexander, Berlin.

Selbst geschmiedet.

Roman von A. v. Tinsedt.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

2. Kapitel.

Auf dem Bahnhof Friedrichstraße in Berlin stand der D-Zug zur Abfahrt bereit. In einem Abteil 1. Klasse hatte eine junge Dame von ungewöhnlicher Schönheit es sich bequem gemacht. Da die eigentliche Reisezeit vorüber war, war der Andrang von Reisenden nicht mehr so stark und es hatte den Anschein, als werde das Fräulein allein verbleiben. Schon begannen die Schaffner die Türen zu schließen, als sie rasche, elastische Schritte vernahm und gleich darauf im Gange einen hochgewachsenen, schlanken Mann erblickte. Eben wollte er mit höflichem Gruß vorüberzugehen, als ein Lächeln des Erkennens seine vornehmen, jedoch etwas bläulichen Züge erhellte. Gleichzeitig hatte sich unwillkürlich das schöne blonde Mädchen erhoben.

Graf Nordburg... — „Fräulein Blanka — das nenne ich ein glückliches Zusammenreffen. Nur einen Augenblick, wenn Sie gestatten, daß ich hier Platz nehme, dann können wir ungehindert plaudern.“

Der Gewandträger folgte mit einigen Sachen dem Grafen auf dem Zuge. Nachdem Reisemantel und elegante Taschen mitgebracht waren, entsetzte er sich wieder und Graf Egon trat nun an seine Reisesgeheiß heran und küßte ihr geläufig die Hand. Schnell waren sie in anregendem Gespräch.

„Haben Sie lange nichts von Anneliese gehört, Fräulein Blanka? Nicht wahr, Sie gefallen mir, Sie bei Ihrem Vornamen zu nennen? Die glücklichen Zeiten, die wir auf der Nordburg zusammen verleben durften, geben mir wohl dies Vorrecht!“

Bamberg, 14. Mai. Der Reichsrat des bayerischen Landtags sagt in einem Aufruf an das Volk: Sklaverei ohne Ende! Glaube keiner, daß nur er getroffen werde. Hier gibt es keinen Unterschied zwischen arm und reich. Darum laßt uns dem gemeinsamen Leben eine Einheit erwachen. Verhalt der Schrei an die Gerechtigkeit ungehört, so ist jahrzehntelanger Haß der Völker die sichere Folge neuer furchtbarer Kriege.

Erlöste Sklaven.

Berlin, 14. Mai. Unter der Ueberschrift „Erlöste Sklaven“ teilt der „Berliner Lokalanzeiger“ mit: 138 in Kriegsgefangenschaft gewesene Deutsche kamen gestern nachmittag in Berlin auf dem Schließlichen Bahnhof an. Die Bedauerndsten hatten in den sogenannten Arbeitskompanien im verwüsteten Sommegebiet unter elendesten Verhältnissen Frondienste geleistet. Sie kamen sämtlich aus einem Lazarett und waren von einer amerikanischen Kommissionsgrößenenteils wegen Krankheiten, die sie sich bei ihrer Arbeit zugezogen hatten, zum Austausch bestimmt worden. Einstimmig klagten sie über schlechte Behandlung und ungenügende Ernährung, die das Los unserer armen Landsleute bei den Ausräumarbeiten in Frankreich ist.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Der Oberste Wirtschaftsrat erörterte die wirtschaftlichen Maßnahmen, die für den Fall getroffen werden sollen, daß Deutschland den Frieden nicht unterzeichnet. Der Ausschuss hat nach den Angaben des Rats einen Entwurf ausgearbeitet, in dem die Wiederherstellung der strengsten Blockade vorgehien ist.

London, 14. Mai. Die „Times“ meldet aus Paris, daß die torcanische Abordnung an die Friedenskonferenz auf Grund der 14 Punkte des Erklären gerichtet habe, den Vertrag von Söul vom 22. August 1910, durch den feinerzeit Korea an Japan angegliedert wurde, wieder aufzuheben.

Paris, 14. Mai. Der Sowjetminister Tschitscherin hat laut „Journal des Debats“ in einem Juntspruch an den amerikanischen Staatssekretär Lansing die von der Entente gestellten Bedingungen für die Einstellung der Feindseligkeiten abgelehnt. Lansing hatte die Reziprozitätierung Russlands durch die Entente vorgeschlagen.

Die Verantwortung des Kaisers.

London, 14. Mai. „Daily News“ melden aus Paris, Frankreich erscheine aus verschiedenen Gründen als die einzige Macht, die das Ansuchen um Auslieferung des Kaisers an Holland stellen könnte. Dem (englischen) König Georg werde man nicht zumuten, daß er die Auslieferung seines Leiters verlange. In Anbetracht der Schwierigkeiten erwarte man, daß die Frage durch ein gemeinsames Vorgehen der Mächte gelöst werde.

„Daily Express“ erzählt, Wilson trete dafür ein, daß das Verfahren gegen den Kaiser unter Aufsicht des Völkerrechts vorstatten gehe. Der Kaiser werde nicht die Gefangenschaft erhalten, nach Deutschland zu gehen oder seinen Aufenthalt in einem an Deutschland angrenzenden Land zu nehmen.

Extratour Italiens?

Vern, 14. Mai. Der römische Berichterstatter der „Perseveranza“ meldet, in Rom werde die Lage als ganz unsicher angesehen. Man halte die Unterzeichnung des Friedensvertrags durch Deutschland für alles andere als sicher. Auch die Unterschrift Italiens sei zweifelhaft; die Zustimmung Italiens unter einem Frieden der Deutschland wirtschaftlich ruiniert, wäre ein schwerer Fehler.

„Ich bringe es nicht übers Herz, Ihnen diese kleine Vergünstigung zu verweigern, Graf Egon, wenigstens nicht, solange wir Kellergesellschaften sind. Später —“

„Ach, lassen Sie uns diese köstlichen Stunden noch ungetrübt ausnützen, Fräulein Blanka. Das „Später“ steht wie ein toller Fels vor mir, an dem meine Lebensfreude erbarmungslos scheitern wird.“

„Warum so tragisch, lieber Graf? — Drücken Sie Sorgen früher? Aber Ihr Dheim ist doch gewiß in der Lage, sie von Ihren Schultern zu nehmen.“

„Ach, Sie glauben, ich habe Schulden? Nein, nein, das ist es nicht. Aber meine Freiheit steht in Gefahr. — Dunkel will mich verhehlen! Können Sie erraten, wen er mir als Gastmahl zugesandt hat?“

„Wen anders, als Anneliese,“ rief Blanka stolzes, sie war ja stets sein Hebeling! — Heister Jörn wollte bei dieser Erinnerung in ihr auf, aber sie hatte sich so in der Gewalt, daß ihr Mund anmutig lächeln konnte, während sie sprach.

„Ja,“ erwiderte Egon, „ich soll Anneliese heiraten. Aber ich kann sie nicht lieben, ihre Modonnenhaftigkeit reizt und verstimmt mich, ihre Vortrefflichkeit erdrückt mich. Und doch muß ich mich fügen. Ach, wach! eine Parze ist doch das Leben!“

„Und wenn Sie dem Ansinnen Ihres Dheims Widerstand entgegensetzten?“

„Daran ist nicht zu denken, Gnädigste! Aber da sind wir wider Willen schon wieder bei der dunklen Zukunft angelangt. — Wollen wir bei der freundlichen Gegenwart. Dort ist irgendwo ein glücklicher Ort, Sie mit in den Weg jügte?“

„Es ist ein höchst profaner Einlös, Graf Egon. Ich bestellte in Berlin die Stelle einer Gesellschaftlerin, ohne die zu einer so ausgezeichneten Position erforderliche Langmut und Unterwürfigkeit zu besitzen. Fehler, die mir meine hochmögliche Gebieterin nicht verzeihen konnte. Die Konsequenzen ergaben sich rasch von selbst.“ Sie schmiegte sich eng in des bequemen Polster. Ich bin nun einmal nicht zum Dienen geboren, lieber Freund, und wer sich nicht bis in den Staub beugen kann, mache erst gar keinen Versuch.“

Nordburg hatte mit lebhaftem Interesse ihr schönes, von einer feinen Röte überhautes Gesicht betrachtet, dem das goldbraune Haar einen ungewöhnlichen Reiz verlieh.

Havas meldet, es verlautet, daß in italienischen Kreisen die Ansicht besteht, zu einer Verständigung (mit Österreich) zu kommen, bevor der Vertragentwurf in St. Germain an die österreichische Friedensabordnung überreicht wird. In italienischen Kreisen herrsche einiges Befremden darüber, daß nach den zuerst gefassten Beschlüssen Italien nur 350 000 Tonnen österreichische Schiffe zugeteilt erhalten solle, d. h. nur 45 Prozent der Einbuße Italiens an Schiffraum.

Rundgebungen in Frankreich.

Genf, 14. Mai. In Lyon ist wegen Rundgebungen gegen den Friedensvertrag der Verbänden der Belagerungszustand verhängt worden. In Marseille ist ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen.

Die feindlichen Schiffverluste.

London, 14. Mai. (Reuter.) In Vertretung des Schiffahrtskontrollors teilte Leslie Wilson im Unterhaus mit, die Zahlen der durch schandvolle Handlungen verloren gegangenen Schiffe sind die folgenden: Großbritannien 2197 Schiffe mit 7 638 020 Brutto-Tonnen, Frankreich 238 Schiffe mit 696 845 Bruttotonnen, Italien 230 Schiffe mit 742 363 Bruttotonnen, Japan 29 Schiffe mit 120 176 Bruttotonnen, Vereinigte Staaten 80 Schiffe mit 341 512 Bruttotonnen. Unter den englischen Schiffen befinden sich 236 Reisedampfer mit insgesamt 1 387 359 Bruttotonnen.

Der Millionenraub.

Berlin, 14. Mai. Die Abendblätter melden zu dem Spandauer Millionenraub, daß Leutnant Dingel sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist. Der Verdacht gegen seinen früheren Vorgesetzten Fröschel hat sich dagegen verstärkt. Fröschel ist seit dem Tage verschwunden, als die erste Nachricht vom dem Millionenraub in die Öffentlichkeit drang. Auch Spandauer Spartakisten sind in die Angelegenheit verwickelt.

Der Prozeß Liebknecht.

Berlin, 14. Mai. Im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß beantragte der Vertreter der Anklage folgende Strafen: Gegen den Kaiserin Runge wegen eigenmächtigen Verlassens eines Postens im Felde, verurteilt den Todschlags und gefährlicher Körperverletzung unter Mißbrauch der Dienstwaffe in zwei Fällen, ferner wegen Gebrauchs falscher Papiere eine Gesamtstrafe von 3 Jahren, 6 Monaten Gefängnis, 2 Wochen Haft, ferner Verlust der Ehrenrechte auf 4 Jahre und Entfernung aus dem Heere; gegen die Leutnants Stiege, von Rittgen und Liepmann, sowie gegen den Kapitänleutnant Pörsch von Flugl-Hartung wegen Vergehens gegen Par. 211 die Todesstrafe, dauernden Verlust der Ehrenrechte und Entfernung aus dem Heere; gegen Oberleutnant Vogel die Freisprechung wegen Tuidens strafbarer Handlungen seitens Untergebener, dagegen wegen versuchten Mords in Verbindung mit Par. 41, Abs. 2 Mil.-Strafgesetzbuch 5 Jahre Zuchthaus, ferner wegen Beiseitehassens eines Leichnams 6 Wochen Gefängnis, wegen dienlicher Halschmiedung 5 Wochen Gefängnis, insgesamt eine Strafe von 5 Jahren, 1 Monat Zuchthaus, 1 Woche Haft, Entfernung aus dem Heere. Gegen die Angeklagten Leutnant Schulte und Hauptmann von Flugl-Hartung wurde Freisprechung beantragt.

Levine verhaftet.

München, 14. Mai. Der Kommissionsführer Levine-Rießen ist heute Nacht verhaftet worden. Auf seine Ergreifung war eine Belohnung von 10 000 Mk. ausgesetzt.

Konstanz, 14. Mai. Gestern abend um 7 Uhr sind wieder 400 schwerverwundete deutsche Krieger aus Frankreich hier eingetroffen.

Er war eine egoistische, kalt berechnende Natur, aber dieses Mädchen hatte es ihm angetan. Der schneidige, schlanke Hals, die zarte und doch wohlgegliederte Figur, der rosige Mund und die lodenden Augen, das flimmernde, reiche Gelock bezauberten ihn mehr und mehr. Der Gedanke, daß dieses entzückende Geschöpf, wenn auch nur vorübergehend, gezwungen gewesen war, die Tyrannin einer verwöhnten, kapriziösen Frau zu ertragen, brachte ihn in Harnisch.

Ihre Frau Mutter hätte es nicht zugeben dürfen, daß sie sich zu einer solchen Demütigung herabwürdigte, sagte er erregt. „Und wenn es Ihnen im eigenen Heim zu eng wurde, warum gingen Sie nicht nach der Nordburg? Dort werden Sie doch stets mit offenen Armen empfangen.“

Blanka seufzte und schwieg. Sie war in dem festen Glauben nach Berlin gegangen, dort ihr Glück zu machen. Man hatte zu Hause ihre tatsächlich auffallende Schönheit so unverhohlen angestaunt und gefeiert, daß sie schmeichelt von der Macht ihrer reizenden Persönlichkeit überzeugt sein mußte. Sollte es dieser Macht nicht gelingen, sie auf Sonnenhöhen des Glücks zu stellen?

Das Engagement in dem Hause des hervorragenden Berliner Finanziers hatte sie denn auch nur angenommen, um ungehemmt ihre wohlberedelten Pläne ins Werk setzen zu können.

Leider wurde sie in ihren Erwartungen bitter enttäuscht. Zum ersten war ihre Herrin selbst eine gefeierte Schönheit, deren Anmut und Liebenswürdigkeit, durch den Rahmen des Reichstums noch zu vollerer Geltung gebracht, andere Salon Schönheiten in den Schatten stellte. Und dann umgab auch die meisten anderen Damen, welchen Blanka in jenem vornehmen Hause begegnete, sich eigener Zauber, daß sie sich neben jenen Weltgewandten, so sicher und doch grazios auftretenden Erscheinungen recht unbedeutend orlarm.

Sie durfte mehrmals den Tee servieren, auch auf dem herrlichen Blüthner vortragen, fand jedoch keine besondere Beachtung. Hier und dort blinzelte ein junger Leutnant sie vertraulich an, oder eine wohlgenährte Gyzellen zeichnete sie durch ein verständnisvolles Lächeln aus, dabei hatte es aber auch sein Bewenden.

Fortsetzung folgt.

Eine Note Brodorschs an Oesterreich.

Verailles, 14. Mai. (Havas.) Graf Brodorsch-Kanbau setzte mit seinen 5 Mitarbeitern eine Note an Oesterreich auf, die ein Kurier der deutsch-österreichischen Friedensabordnung überbringen wird.

Verailles, 14. Mai. Die Zukunft der österreichischen Delegation in St. Germain ist auf heute abend festgesetzt. Wie die deutsche Abordnung werden auch die Oesterreicher mit der Außenwelt nicht verkehren dürfen. Ob und wann eine ungarische Delegation eintreffen wird, scheint noch ungewiss zu sein.

Keine Probezeit.

London, 14. Mai. „Daily Herald“ vom 12. Mai meldet, sowohl in England als auch in Frankreich gewinnt der Gedanke an Boden, daß Deutschland in den Völkerbund sofort aufgenommen werden sollte.

Rechtfertigung des neuen Dreibunds.

Washington, 14. Mai. Wilson telegraphierte an den amerikanischen Senat, er habe Frankreich versprochen, dem Senat eine „ergänzende Bestimmung“ des Völkerbunds vorzulegen, wonach sich Amerika und England verpflichten, Frankreich sofort Hilfe zu leisten, wenn es von Deutschland überfallen werde. Das heiße nichts anderes, als die Haftung beschleunigen, zu der Amerika durch den Völkerbund ohnehin verpflichtet sei. (Wer sich entschuldigt, sagt sich an, sagt das Sprichwort.)

Amerika er:unt die englische Herrschaft über Ägypten an.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Es wird amtlich bestätigt, daß die amerikanische Regierung das englische Protektorat über Ägypten anerkennt.

Paris, 14. Mai. (Havas.) Ein Dekret hebt die meisten Ausfuhrbestimmungen auf. Nur einige Artikel, die zum Wiederaufbau der Kriegsbegiete dienen sollen, sind noch nicht frei. Ebenfalls die Ausfuhr von Gold.

Württemberg. Landesversammlung.

Stuttgart, 13. Mai.

Vizepräsident Dr. ... eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr. Zur Verlesung gelangt ein Schreiben des Abg. v. Wurster, wonach er mit Rücksicht auf die Aufgaben, die das Sommersemester an seine Arbeitskraft stellen werde, sein Mandat zur Landesversammlung niederzulegen sich genötigt sehe. Erste Beratung des zweiten Nachkriegs mit den Forderungen in Höhe von 400 000 Mk. für Arbeitsministerium und Ernährungsministerium. Der Antrag des Finanz Ausschusses geht dahin, sowohl die Forderung für das Arbeitsministerium (428 000 Mk.), wie für das Ernährungsministerium (41 000 Mk.) zu bewilligen.

Zum Arbeitsministerium beantragt der Ausschuss noch: „Die Staatsregierung zu ersuchen, in das Arbeitsministerium alle mit wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgaben für Gewerbe, Handel und Industrie betrauten Stellen zu einzubauen, daß die ganze Wirtschafts- und Sozialpolitik ausschließlich dem Arbeitsministerium untersteht.“

Ferner ist im Ausschuss auf Antrag Graf folgende Entschiedenheit einstimmig beschlossen worden: „Die Regierung zu ersuchen, eine Ueberstufung vorzuschlagen, auf der die jetzt dem Ministerium der öffentlichen Verwaltung in württembergischen Staatsämtern eingetretene Personalveränderungen ersichtlich sind.“ Die Abg. Vorhölzer und Fischer (Soz.) haben den Antrag eingebracht, das Schlichtungswesen dem Arbeitsministerium anzuschließen.

Abg. W. (D.D.) führt aus, die Begründung des Entwurfs sei sehr dürftig; insbesondere werde nicht gesagt, warum die Zentralstelle für Gewerbe und Handel nicht mehr genügen soll; interessant wäre es auch zu erfahren, was das Arbeitsministerium bis jetzt getan habe. Anzuerkennen sei, was das Arbeitsministerium auf dem Gebiet der Demobilisierung geleistet hat. Die öffentlichen sozialen Aufgaben seien von den früheren Behörden mindestens ebenso gut durchgeführt worden als von diesem neuen Ministerium.

Abg. Eggert (S.): Das Arbeitsministerium sei nötig, weil Handel und Gewerbe in eine völlige Zerrüttung geraten waren. Ohne besondere Schlichtungsausschüsse können die zukünftigen Kämpfe nicht in befriedigender Weise beigelegt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben des Arbeitsministeriums seien die Vergesellschaftung unserer Arbeit und die Betriebsräte.

Abg. Bayer (D.D.): Ein Arbeitsministerium ist schon lange vor dem Ende des Kriegs gefordert worden. Wir erwarten daß dieses Ministerium sich auswärts zu einem Ministerium für Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik. Diesen Kernaufgaben wäre die veraltete Organisation der Zentralstelle nicht gewachsen.

Abg. Graf (S.): Der vorliegende Ausgabeposten stellt an die Bewilligungsbereitschaft große Anforderungen, zumal in nicht zu ferner Zeit mit einer dauernden Ausgabe von einer Million Mk. wird gerechnet werden müssen.

Abg. Lauterbach (Soz.) begründet den Antrag, daß dem Arbeitsministerium eine besondere Abteilung für Schlichtungswesen angegliedert werde.

Abg. Schuler (S.): Wir können die Schaffung des Arbeitsministeriums begünstigen, wenn es sich der Höhe des Handwerks annimmt.

Abg. H. (S.P.) erklärt sich mit der Errichtung des Arbeitsministeriums gleichfalls einverstanden.

Arbeitsminister Schuler: Schon Ministerpräsident v. Weizsäcker hat sich mit dem Plan eines Arbeitsministeriums getragen. Die Kriegswirtschaft hat die Notwendigkeit einer Gemeinschaftsarbeit erwiesen; die Zentralstelle wäre nicht ausreichend gewesen, weil sie keine Verfügungsgewalt hat. Beim Arbeitsministerium werde kein Mangel an Arbeit eintreten. Der Arbeitsvertrag war bisher das Stützglied der Gesetzgebung; an diesem Gebiete haben die Schlichtungsausschüsse schon manches Erreichte geleistet; ein Nachteil derselben ist, daß sie nicht aus gewählten Richtern bestehen, sondern aus ernannten. Auf eine bestimmte Form des Schlichtungswesens können wir uns heute noch nicht festlegen, um so weniger, als eine rechtsgeschliche Regelung in Aussicht zu nehmen ist. Wie sind bemüht, das Arbeitsministerium zu einem Zuerker des Wirtschaftslebens auszubauen.

Stuttgart, 14. Mai.

Am Regierungstisch: Arbeitsminister Schuler und Frau Lindemann.

Fortsetzung der zweiten Beratung über den Nachtragsetzt betr. Arbeitsministerium.

Abg. Henne (D.D.): Die Zentralstelle für Gewerbe und Handel hat unseres Erachtens abgewirtschaftet. Wir müssen die Wirtschaftfragen ohne Parteiinteresse behandeln.

Der Abg. Bagille (S.P.) und Gen. beantragen: 1. Die Einrichtung eines besonderen Arbeitsministeriums abzulehnen, 2. die Zentralstelle für Gewerbe und Handel in eine Abteilung des Ministeriums des Innern umzuwandeln und ihr die Geschäfte des Arbeitsministeriums zu übertragen.

Arbeitsminister Schuler: Es ist richtig, daß die in Stuttgart bezahlten Löhne für die Erwerbslosen die höchsten waren. Die Zahl der Erwerbslosen ist in letzter Zeit zurückgegangen; sie betrug z. B. in Stuttgart im März 1923, im Mai 6250.

Frau Anna Lindemann: Die Arbeit der Frau muß gefördert, dagegen alles bekämpft werden, was die Gesundheit der Frau schädigen kann. Die Frau hat im Kriege übermenschliche geleistet, so daß der Wunsch, jetzt von den Strapazen auszuruhen und die Erwerbslosenfürsorge für sich in Anspruch zu nehmen, verständlich ist.

Abg. Gengler (S.): Dem Antrag Bagille können wir nicht zustimmen. Das Schlichtungswesen ist in erster Linie Reichsaufgabe. Es ist notwendig, daß der Grundgedanke, man nehme die Tätigsten aus allen Parteien, auch Tatsache wird.

Abg. W. (S.P.): Den Wirtschaftsoptimismus des Arbeitsministeriums kann ich nicht teilen. Wir geben Zeiten entgegen, die recht traurig sein werden. Wir haben früher unseren wirtschaftlichen Aufstieg nicht einem Arbeitsministerium verdankt, wohl aber der Tätigkeit des Privalkapitals, der Unternehmer.

Abg. Zetlin (U.S.P.): Wir begrüßen die Abstellung für Frauenarbeit. Wir verlangen, daß zu den Gewerbeinspektionen auch Bezirke herangezogen werden.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Graf (S.) wird der Auswahlantrag (Beibehaltung des Arbeitsministeriums) gegen die Stimmen der Bürgerpartei angenommen, ebenso der Antrag Vorhölzer (Angliederung der Schlichtungsausschüsse an das Arbeitsministerium), gegen Zentrum und Bürgerpartei, dagegen wird der Antrag auf Abschaffung eines besonderen Arbeitsministeriums gegen die Stimmen der Bürgerpartei abgelehnt.

Bei dem Kapitel „Ernährungsministerium“ bemerkt Abg. Sommer (S.): Auch das Ernährungsministerium ist unbedingt notwendig. Der Minister möge dem Höchstpreises seine besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Abg. Pfleger (S.): Die Erhöhung des Milchpreises von 22 auf 50 Pf. hat in weiten Kreisen der Verbraucher große Unruhe hervorgerufen. Für den, dessen Höchstpreis pro Zentner 10 Mk. beträgt, werden im Schlichthandel 30 Mk. bezahlt. Der Landwirtschaft ist nur gedient, wenn wir mit dem Abbau der Preise ernst machen. Es würde sich empfehlen, um dem Schlichthandel und den Schwarzschlichtungen wirksam zu begegnen, Wasserhandelsgerichte einzurichten. — Die Beratung wird abgebrochen.

Amtliches.

Oberamt Nagold.

Betr. Gemeinderatswahl.

Das Oberamt hat Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß in derjenigen Gemeinde, in denen nach der freigelegten Wählerverzeichnisse gewählt wird, also in allen Gemeinden unter 500 Einwohnern und in denjenigen Gemeinden in denen ein gültiger Wahlvorschlag nicht eingereicht ist, der Wähler nicht kumulieren, also den Wählern je nur 1 Stimme geb. u darf; wenn einem Bewerber trotzdem 2 oder 3 Stimmen gegeben sind, wird nur eine Stimme gezählt, die andern Stimmen sind ungültig.

Den 14. Mai 1919.

Nagol.

Landesnachrichten.

Altensteil, 13. Mai 1919

* Die württ. Bezirksliste Nr. 761 enthält u. a. folgende Namen: Karl Maib, Jelschhausen, infolge Krankheit gest. Karl Müller, Dieterweiler, in Gefäng. Uffz. Johannes Lehmann, Hörschweiler, infolge Bew. gest. Gefr. Jakob Hauser, Ebbhausen, inf. Bew. gest. Johannes Burkhardt, Breitenberg, l. verw. Georg Frey, Unterwalsbach, gef. Christian Köbler, Grömbach, in Gefäng. Friedrich Rothfuß, Tumlingen, in Gefäng. Lin. v. N. Albrecht Rothfuß, Schönmünz, vermisst. Zfeldw. Walter Hillgardt, Stimmohlm, in Gefäng. Gefr. David Dergler, Liebsberg, in Gefäng. Gefr. Johannes Geigle, Enklösterle, vermisst. Gefr. Jaf. Reutler, Sulz, l. verw. Jof. Kaupp, Dornstetten, inf. Bew. gest. Gottlieb Arnold, Enklösterle, l. verw. Georg Steeb, Spielberg, leicht verw. Friedrich Dietche, Freudenstadt, vermisst. Johannes Dietche, Pfalzgrafenweiler, inf. Bew. gest.

* Der Ernst unserer Lage In einer Bekanntmachung des Erzg. Konfessionsrats an die evang. Pfarrämter wird in Anbetracht der ernsten Lage der Pfarrämter anheim gegeben, in diesen Tagen schicksalsschwerer Entscheidung die Gemeinden auf den ganzen Ernst unserer Lage hinzuweisen, sie zu treuer Fürbitte für unser unglückliches Vaterland, für unsere bedauernswerten Gefangenen, für unsere bedrohten Volks- u. Glaubensgenossen zu ermahnen und sie zu ermahnen, daß sie unter den uns bedrängenden äußeren und inneren Nöten die Würde der Haltung zeigen, durch die ein edles Volk im tiefsten Unglück sich bewährt.

Gleichzeitig wird den Kirchengemeinden nahegelegt, vom kommenden Freitag bis nächsten Sonntag (16., 17., 18. Mai) je von 7/12 bis 12 Uhr ein Trauergedächtnis zu veranstalten.

— Posten und Telegraphen. Nach Deutsch-Oesterreich können wieder gewöhnliche Drucksachen versandt werden. — Nach der tschecho-slowakischen Republik sind von jetzt ab auch offene Einschreibbriefe zugelassen. — Die Beschränkungen im Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Südbayern sind wieder aufgehoben.

— Die Kriegsbeschädigten-Postmarken zu 10 und 15 Pf. mit dem Aufdruck „5 Pfennig für die Kriegsbeschädigten“ sind auch in Württemberg ausgegeben worden. Die Nachfrage war so stark, daß die Marken nach wenigen Tagen vergriffen waren. Die Postverwaltung hat bereits einen neuen großen Posten in Berlin bestellt.

* Freudenstadt, 14. Mai. (Gemeinderatswahl.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl erhielt die Sozialdemokratie 9 Sitze, die Deutsche demokr. Partei 7 Sitze und die Bürgerpartei 4 Sitze.

Calw, 13. Mai. (Aus dem Bezirksrat.) In der letzten Bezirksratsitzung wurden 5 Stellen für Kreis-Körperchaftsfragenwärtler besetzt; dabei wurden

gewählt: Johannes Weif Alsburg, Michael Reppler, Oberreihenbach, Jakob Klins-Neuweller, Johannes Klins-Zwerenberg und David Frei Hornberg. — Die Stadtgemeinde Calw beantragte beim Bezirksrat, den Jahresbeitrag der Amisförperschaft für das Realprogymnasium von 1500 auf 2500 M. zu erhöhen und begründet den Antrag damit, daß das Realprogymnasium auch den Kindern des Bezirks zugute komme. Es wurde beschloffen, den Antrag bei der Kantsversammlung zu befürworten unter der Voraussetzung, daß die Schüler aus dem Bezirk kein höheres Schulgeld bezahlen dürfen, als diejenigen der Stadt Calw. — Da sich die Wohnungsnot auch im Bezirk fühlbar macht, wurde beschloffen, mit dem Ministerium wegen Errichtung eines Bezirksmieteinsparungsamts in Unterhandlungen einzutreten.

Stuttgart, 14. Mai. (Gegen einen Gewaltfrieden.) In fünf großen Sälen der Stadt sowie im Wilhelmstheater in Cannstatt und in der Sängerkasse in Untertürkheim wurden heute Abend Massenkundgebungen veranstaltet in denen sich die Bevölkerung gegen den von der Entente angebotenen Gewaltfrieden nachdrücklich aussprach.

Stuttgart, 14. Mai. (Neues Mandat.) An Stelle des Professors D. Wurster-Tübingen, der wegen Ueberbürdung sein Mandat niedergelegt hat, tritt Bezirkschulinspektor Schulrat Goller (Bürgerpartei) in die Landesversammlung ein.

Stuttgart, 14. Mai. (Personalausweis der Landesfremden.) Das Ministerium des Innern teilt mit: Koch immer scheint es nicht genügend bekannt zu sein, daß nach einer Verordnung der prov. Regierung vom 18. Januar d. J., jeder Nichtwürttemberger, der sich in Württemberg aufhält, sich durch einen Paß oder Paßersatz über seine Person ausweisen muß. Zu widerhandelnde müssen gewärtigen, aus Württemberg ausgewiesen oder an der Landesgrenze zurückgewiesen werden. Um Unannehmlichkeiten zu entgehen, empfiehlt es sich übrigens auch für württ. Staatsangehörige, Reisen innerhalb Württembergs, bis auf weiteres nicht ohne einen mit Lichtbild versehenen gültigen Paßpaß zu unternehmen.

Stuttgart, 13. Mai. (Bubenstreich.) Gestern Abend wurde beim Rosenfeintunnel auf den von ihm kommenden Personenzug ein Gewehr- oder Revolvererschuß abgefeuert. Ein Fenster ist zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt.

Stuttgart, 14. Mai. (Gemeinderatswahl.) Bei der Gemeinderatswahl erhielten die Deutschdemokratische und Sozialdemokratische Partei je 9, die Unabhängigen 8, Bürgerpartei 3 und das Zentrum 1 Sitz.

Heilbronn, 14. Mai. (Arbeitsniederlegung.) Infolge Weigerung der hiesigen Metallindustriellen, ihren Beamten eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren, haben gestern die Beamten der Reichsdruckerei, J. Weippert und Söhne und Maschinenbaugesellschaft die Arbeit niedergelegt.

Neutlingen, 14. Mai. (Spende.) Ein hochberziger Wohlthäter hat dem hiesigen Verein für Volksbildung den Betrag von 50 000 Mk. übergeben.

Oberndorf, 14. Mai. (Gemeinderatswahl.) Bei der Wahl am Sonntag wurden je 5 Mitglieder der Zentrumspartei, der Deutschen Demokratischen Partei und der Mehrheitssozialistischen Partei, sowie 1 Unabhängiger gewählt. Zentrum und Demokraten, sowie Mehrheitssozialisten und Unabhängige hatten ihre Listen verbunden.

Öffentlicher Sprechsaal.

(Eingefandt.)

Bezüglich der Einmachersangelegenheit und fortwährender Verdächtigung von geschäftlicher Seite gede ich folgende Erklärung:

Es sind nach Altensteil 2600 Mg. Einmachers gekommen, auf 2530 Einwohner je 1 Mg., also reichlich. Nach dem System, wie sich hier bis jetzt die Lebensmittelverteilung abgewickelt hat, haben eine Anzahl Einwohner annehmen müssen, die Anzahlsmarte 11 mühte längst unglücklich sein; sie sind daher bei der Einmachersverteilung leer ausgegangen. Man hätte nun annehmen müssen, daß auf die Vorstellung der Geschädigten beim Schultheißenamt sich leicht hätte ein Weg finden lassen durch Erlassenweisung. Weit gefehlt! Das hiesige Schultheißenamt hat von jeher zwischen sich und die Einwohner eine Wolke geschoben. Wer hier schon öfter in solchen Sachen auf dem Rathause zu tun hatte, wird ein Lied davon singen können. Nachdem sich nun der hiesige Arbeiterrat pflichtgemäß zu Gunsten der Geschädigten anmaßt, hat sich die Klust zwischen Zucker u. Einwohner noch weiter vertieft. Damit ist aber der Fall für mich noch keineswegs erledigt, da ich auf meinen Befugnissen bestehen muß. Was mit dem übrigen Zucker geschieht ist oder geschieht, kann leicht erraten werden. Eine Erwiderung beantworte ich nicht.

R. Koch, Vors. des Arbeiterrats.

Zur Gemeinderatswahl.

Nach den Nachrichten im „Lammblatt“ haben die demokratische Partei und eine freie Wählervereinswahlvorschlag, für die Gemeinderatswahl eingereicht. Die württ. Wahl zur deutschen Nationalversammlung zeigt, daß begünstigt eine Mehrheit von bürgerlichen Wahlvorschlägen die Sozialdemokratie, wenn nicht die bürgerl. Wahlvorschläge miteinander verbunden sind. Dies sollen wir bei den genannten Wahlvorschlägen nicht erreichen, deshalb ist zu raten, daß die beiden Vorschläge durch die maßgebenden Persönlichkeiten rechtzeitig für miteinander verbunden erklärt werden. Mehrere Wähler.

Druck und Verlag der B. Neff'schen Buchdruckerei, Altensteil.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kautz



Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Kartung Enztal belegenden, im Grundbuch von Enztal Blatt 107 Abteilung I Nr. 1 und 2 zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvormerkles auf den Namen des **Georg Saus, Jakob-Sohn, Holzbauer von Zühbächle,** eingetragenen Grundstücke:

Geb. Nr. 85 1 ar 22 qm Wohnhaus, Backofen und Hofraum am Zühbächle, Gemeindeberäl. Anschlag Nr. 2300.—
Parz. Nr. 554 1 3 ar 28 qm Gras- u. Gemüsegarten daselbst Nr. 300.—

am Freitag, den 11. Juli 1919, vorm. 9 Uhr

auf dem Rathaus in Enztal versteigert werden.
Der Versteigerungsvormerkel ist am 25. April 1919 in das Grundbuch eingetragen.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvormerkles aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses den übrigen Rechten nachgesetzt werden.
Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Es findet nur ein Versteigerungstermin statt.
Altenteig, den 14. Mai 1919.

Kommissär:
Bezirksnotar B e d.

Altenteig.

Die unterzeichneten Metzgerei-Meister von hier verkaufen ihre zugekauften

Fleisch- und Wurstkonserven

kommenden Samstag früh 7 bis 12 Uhr.

Das Publikum wird gebeten, Gefäße mitzubringen. Spätere Abholung kann nicht berücksichtigt werden.

Dürschnabel z. Adler	Brenner b. Forsthaus
Albert Luz	Zeitbörs z. Krone
Lander z. Köhle	Ludwig Dürer
Brenner b. Waldhorn	Lörcher
Seeger zur Traube	

Rainit

ff. gemahlen, ist eingetroffen und offeriere solchen solange Vorrat. Säckchen sind mitzubringen.

Beeh & Ziegler
G. Schneiders Nachfolger
Altenteig, Telephon Nr. 9.



Favorit-Moden-Album

für Frühjahr und Sommer
ist wieder eingetroffen und empfiehlt solche die
W. Kieker'sche Buchhandlung.

Drogerieschrank

Einem noch ziemlich neuen für 120 Mk. hat zu verkaufen
Gottfr. Burghardt
Epielberg.

Verloren

ging ein
rotes Mäppchen
mit Inhalt von dem Wagner Finkebeiner'schen Haus bis zur Milchsammelstelle. Der redliche Finder wird gebeten es in der Sammelstelle gegen Belohnung abzugeben.

Zu möglichst baldigem Eintritt suche ich ein fleißiges, kräftiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit.
Frau Sägewerkbes. Theurer
Station Teinach.

Wegen Erkrankung des seitherigen Mädchens suche ich ein gesundes, williges

Mädchen

womöglich schon gebiert und nicht unter 18 Jahre alt auf 1. Juni. Familienanschluß.

Frau Gaiser, Metzgerei
Batersbrunn, d. Freudenstadt.

In kleinen besseren Haushalt wird ein anständiges durchaus ehtliches

Mädchen

17-20 Jahre alt sofort gesucht. Gute Behandlung zugesichert.
Angebote an **Frau Möller,**
Stuttgart, Olgastr. 137 III.

Altenteig.
Graue

Steinzeug- Milchhafen Milchschüsseln Back-Schüsseln Essigfäßchen Mostkrüge Sutterkrüge etc. etc.

sind wieder eingetroffen und billigst zu haben bei

E. W. Luz Nachfolg.
Fritz Dähler jr.

Magold.
Wir haben anzubieten:

Feinsten Getreide-Kaffee

mit 20% Bohnenkaffee-Zusatz. Auslandsware ohne Marken solange Vorrat.

Berg & Schmid.

Statt Karten.
Hornberg.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Dienstag, den 20. Mai

stattfindenden Hochzeitsfeier
im **Gasthaus z. Hirsch** in Hornberg
freundlichst einzuladen.

Johannes Seeger Sohn des † Johannes Seeger, Bauer in Hornberg.	Marie Kalmbach Tochter des Friedrich Kalmbach, Bauer u. Gemeindepfleger in Hornberg.
--	--

Kirchgang um 11 Uhr in Hornberg.

Statt Karten und persönlicher Einladung.

Ebhausen Feuerbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Samstag, den 17. Mai

im **Gasthaus zum „Löwen“** in Ebhausen
stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

David Dengler Versicherungsbeamter in Stuttgart Sohn des Schulheisen und Verw.-Aktuar Dengler in Ebhausen.	Maria Herrmann Tochter des Wilh. Herrmann, Maschinisten in Feuerbach.
--	---

Kirchgang um 12 Uhr.

Böfinge — Unterwaldach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am
Samstag, den 17. Mai 1919

im **Gasthaus zum Rappen** in Böfingen
stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Christian Stichel Siplermeister Sohn des † Joh. Mart. Stichel Straßenwart in Böfingen.	Rosine Rath Tochter des Johannes Rath, Schär in Unterwaldach.
--	--

Kirchgang um 1 Uhr

Wir bitten, dies statt jeder besonderen
Einladung entgegenzunehmen zu wollen.
Nachhochzeit findet keine statt.

Schwarzwald-Drogerie

Telephon 41. Altenteig. Telephon 41.
empfiehlt

Wasserglas und Garantol

